



## **Dringliches Postulat Nr. 120 2012/2016**

Eingang Stadtkanzlei: 24. September 2013

### **Moratorium bei Verkehrsanordnungen und Verkehrsinfrastrukturprojekten**

Die Verkehrspolitik in der Stadt Luzern ist in Bewegung. In regelmässigen Abständen werden durch den Stadtrat (teilweise auch in Absprache mit den kantonalen Behörden) neue Verkehrsprojekte und Verkehrsanordnungen angekündigt, geplant und eventuell auch bereits umgesetzt. Erwähnt sei die stetige Ausweitung der Tempo-30-Zonen, die geplante Parkplatzaufhebung im Hirschmattquartier unter dem Deckmantel der Quartieraufwertung, die Umgestaltung des Bundesplatzes und des vorgesehenen Rechtsabbiegeverbot von der Pilatusstrasse in Richtung Bahnhof/Inseli. Durch die Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse“ stehen auch in diesem Perimeter wohl schon bald neue Verkehrs- und Strassenplanungen an. Auf den Fahrplanwechsel vom Dezember 2013 werden auch im ÖV bei den Busverbindungen teilweise markante Änderungen vorgenommen. Nicht unerwähnt bleiben soll, wenn auch nicht im direkten Einflussbereich des Stadtrates, die Neugestaltung des Seetalplatzes.

Am Grendel wird schon bald die Strasse für Werkleitungssanierungen aufgerissen, ohne Ahnung, wie die städtebauliche und verkehrstechnische Gestaltung von Grendel und Schwanenplatz folgend umgesetzt werden soll. So wird z. B. ganz aktuell von privater Seite auch das „Metro-Projekt“ in die Diskussion eingebracht. Doch anstatt dass der Stadtrat diese Vision in seine strategische Verkehrsplanung aufnimmt, erachtet er es als Aufgabe der Metro-Initianten aufzuzeigen, wie dieser visionäre Vorschlag zur Lösung eines Teils der Stadtluzerner Verkehrsproblematik in die Gesamtverkehrsstrategie eingefügt werden kann.

Der Stadtrat selber verspricht schon seit längerer Zeit, dem Parlament und der Bevölkerung ein „Gesamtverkehrskonzept“ zu unterbreiten. Doch dieses lässt weiterhin auf sich warten! Ziel und Inhalt des Gesamtverkehrskonzepts wäre es eigentlich, all die diversen kleineren und grösseren Verkehrsanordnungen und Verkehrsinfrastrukturanpassungen aufeinander abzustimmen. Doch wie die einleitende Aufzählung erahnen lässt, werden durch den Stadtrat laufend Verkehrsanordnungen und Infrastrukturanpassung unkoordiniert angeordnet und umgesetzt.

Im Gegensatz zu einem Gesamtverkehrskonzept sowie der Mobilitätsstrategie, welche vom Grossen Stadtrat beraten und inhaltlich beschlossen werden müssten, erfolgen die diversen vom Stadtrat beschlossenen Verkehrsanordnungen und Infrastrukturanpassung ohne vorgängige Einholung einer Meinung des Parlamentes und somit indirekt auch unter Umgehung der Bevölkerung.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass viele der in letzter Zeit gefällten Verkehrsanordnungen und Infrastrukturanpassungen in grossen Teilen der Bevölkerung auf Kritik und Unverständnis stossen (Parkplatzreduktion Hirschmattstrasse, Aufhebung Rechtsabbieger von der Pilatusstrasse in Richtung Bahnhof/Inseli).

Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass dieses unkoordinierte Vorgehen nun endlich der Vergangenheit angehören soll! Wir fordern den Stadtrat auf, im Sinne eines Moratoriums, jegliche weitere Verkehrsanordnungen und die Umsetzung von Infrastrukturanpassung im Bereich Verkehr auszusetzen (ausser unmittelbar sicherheitsrelevanten und terminlich nicht verschiebbare), bis ein vom Parlament (wenn immer möglich bereits im Jahr 2014) beratenes und beschlossenes Gesamtverkehrskonzept und eine Stellungnahme mit Beschluss zur Mobilitätsstrategie vorliegt.

Marcel Lingg, Urs Zimmermann  
und Peter With  
namens der SVP-Fraktion